

[www.verkehr-pankow.de](http://www.verkehr-pankow.de)



Verein für nachhaltige Verkehrsentwicklung e.V.,  
Kastanienallee 120a, 13158 Berlin

01.07.2020

An  
Herrn Andreas Kugler  
Stellv. Vorsitzender des Petitionsausschusses des  
Abgeordnetenhauses von Berlin  
Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses Berlin  
Niederkirchnerstraße 5  
10117 Berlin

**Petition „Für ein modernes Verkehrskonzept im Norden von Pankow und gegen  
Schwerlastverkehr in Wohngebieten“ – GeschZ 4001/18**

**Ihr Schreiben vom 22.06.2020**

Sehr geehrter Herr Kugler,

wir danken Ihnen für Ihr o.g. Schreiben, mit welchem Sie uns über den Zwischenstand der Befassung des Petitionsausschusses mit unserer o.g. Petition informiert haben.

Sie haben uns freundlicherweise die Stellungnahmen des Bezirksamts und der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz übersandt. Nach Beratung im Verein und mit Petentinnen und Petenten können wir nur eines feststellen: wir sind nicht nur über den Inhalt, sondern auch über den Tonfall der Stellungnahmen entsetzt.

Explizit wird unserem Verein vorgeworfen, dass wir uns immer wieder über die letzten Jahre an die SenUVK gewandt haben - Zitat „...werden immer wieder inhaltlich die gleichen Textbausteine und dieselben Sachverhalte thematisiert.“

Diesen Vorwurf weisen wir zurück: er ist sachlich falsch und vom Ton her völlig unangemessen. Denn wiederholte Schreiben und Bitten von uns an die Senatorin blieben bislang über Jahre hinweg unbeantwortet. Nicht einmal zur Einreichung bzw. Übergabe unserer Petition mit >3.600 Unterschriften wurde auf unsere Schreiben reagiert. Solange die SenUVK bzw. die zuständige Senatorin uns nicht antwortet, kann über wiederholte Eingaben unsererseits nachvollziehbarerweise nicht geklagt werden. Die Art und Weise des Umgangs der Senatsverwaltung mit Bürger/-innen, die sich für Verbesserung dieser Stadt einsetzen, wirft grundsätzliche Fragen des Umgangs miteinander auf.

Im Gegensatz dazu haben wir mittlerweile eine reiche Sammlung an nichtssagenden Textbausteinen von Sachbearbeiter/-innen der Verkehrslenkungsbehörde, die

Beschwerden einzelner Bürger/-innen immer wieder ohne Würdigung der Gesamtumstände und nur auf einzelne Maßnahmen bezogen ablehnen – übergreifende Lösungen und Konzepte, um die es hier primär geht, fallen naturgemäß nicht in die Zuständigkeit der Sachbearbeiterebene der Verkehrslenkungsbehörde – insofern werden wir diese Schreiben nicht als angemessene und hilfreiche Antwort auf unsere Bitten und Eingaben.

Allen Beteiligten und Petentinnen/Petenten ist klar, dass die beschriebenen Probleme nicht kurzfristig gelöst werden können, dies erwartet niemand. Was wir aber erwarten dürfen:

- Ein Bekenntnis dazu, dass es überhaupt ein Problem gibt
- Eine Antwort der Senatsverwaltung auf unsere Eingaben
- Ein Bekenntnis, eine Lösung hierfür erarbeiten zu wollen

Zu den o.g. Punkten können wir nach wie vor nichts Konkretes feststellen – die übersandten Ausführungen bewegen sich auf der Ebene, dass allgemeine Planungsgrundlagen und hinreichend bekannte Tatsachen raumgreifend erläutert werden. Es wird keinerlei greifbarer Lösungsansatz oder Bereitschaft einen solchen zu entwickeln aufgezeigt.

Aus unserer Sicht bitten wir daher darum, die folgende Beratung der Petition nun auf zwei Kernpunkte zu konzentrieren:

### **1. Kurzfristig wirksame Maßnahmen zum Gesundheitsschutz der Menschen in den betroffenen Wohngebieten, hierzu zählt:**

- Tempo 30 auf den betroffenen Straßen in Wohngebieten – dies steht explizit so im Koalitionsvertrag, dieser muss hier nur umgesetzt werden (Abschnitte: „Lärm mindern“ bzw. „Allen Verkehrsteilnehmern mehr Sicherheit bieten“).
- Nachtfahrverbot für LKW>7,5t

Mit diesen beiden Maßnahmen, die kurzfristig umgesetzt werden könnten, würde für die Menschen in den betroffenen Wohngebieten zumindest etwas Entlastung und eine Atempause geschaffen werden, insbesondere was den Schutz der Nachtruhe angeht, die in Berlin ebenfalls gesetzlich geschützt ist. Dies solange, bis ein Verkehrskonzept (s. Punkt 2 unten) erarbeitet und umgesetzt ist.

Gerade im Sommer ist die Situation unerträglich: stellen Sie sich vor, Sie können nicht schlafen, entweder weil Sie morgens ab 03 Uhr vom Industrieverkehr geweckt werden, oder weil die Innenraumtemperaturen bei geschlossenen Fenstern einen erholsamen Schlaf nicht mehr zulassen – und sie bei leichtem Schlaf dann sich dennoch die krachenden und donnernden LKW vor ihrer Türe anhören müssen. Die Forschungsergebnisse zu gesundheitlichen – einschließlich psychischen – Auswirkungen dieses Lärmgeschehens sind absolut eindeutig. Bitte beachten Sie auch, dass in einem Wohngebiet mit offener Bebauung nicht wie in lauten Innenstadtstraßen die Nutzung von zum Hof liegenden Zimmern zum Schlafen möglich ist – der Lärm durchdringt das ganze Wohngebiet und das ganze Haus, ohne dass sich die Menschen dem entziehen können.

Der Tageslärm würde mit den o.g. Maßnahmen immerhin um 2-3dB(A) gemindert, und die Verkehrsgefahren für unsere Kinder auf dem Schulweg in unserem Wohngebiet würden etwas minimiert. Mit welchem Recht dürfen Industriebetriebe und Berliner Verwaltung eigentlich offensichtlich und dauerhaft unsere Gesundheit schädigen? Müssen Menschen in Wohngebieten dauerhaft zusehen, wie einseitig die vorgeblichen Interessen der Industrie ohne Maß und Mitte durchgesetzt werden?

Wir sind uns sicher, dass auch die ansässige Industrie ein eigenes Interesse an der Lösung dieses Dauer-Konfliktes hat – aber nur, wenn die SenUVK das Problem benennt, diesen Lösungsprozess beginnt und moderiert. Ansonsten werden eben nur Betriebe gegen Bürger/-innen ausgespielt, zum Schaden aller Beteiligten.

## **2. Mittel- bis langfristiges Konzept für Industrieverkehr im Pankower Norden**

Hinsichtlich des Schwerlastverkehrs in Wohngebieten gibt es *de facto* nur zwei mögliche Lösungen:

**1. Die zuständigen Behörden erkennen das Problem an** – schriftlich und faktisch - und entwickeln zusammen mit der Industrie und der Zivilgesellschaft im Laufe von 2-3 Jahren eine mittel- bis längerfristig tragfähige Lösung, die den Wohngebieten im Pankower Norden eine Entwicklungsperspektive ohne Schwerlastverkehr gibt.

**2. Die zuständigen Behörden sehen die Nutzung Pankower Wohngebiete als Autobahnbindung für Schwerlastverkehr als alternativlos an** und erklären Schwerlastverkehr in reinen Wohngebieten zu einem normalen Zustand in der Berliner Verkehrspolitik – dies ist genau der Tenor, der sich aus den übersandten Schreiben ergibt.

Das Entstehen von „weiteren Betroffenen“ und Fehlen leicht umsetzbarer Alternativen allein reichen offenbar aus, die Suche nach Alternativen abzulehnen und damit dauerhaft Pankower Wohngebiete als Autobahnzubringer für Schwerlastverkehr aller Art zu etablieren. Hierzu passend sollen dann z.B. die Kastanienallee in Rosenthal so saniert werden, dass sie für diese Verkehre passend ist – ohne Bäume, ohne sichere Radwege, als Schatten- und hindernisfreier Betonkorridor in einem engen Wohngebiet mitten im Klimawandel.

Straßensanierungen allein sind wünschenswert, allerdings sind diese ohnehin geplant und werden irgendwann kommen – sie lösen das Problem mit Schwerlastverkehr in Wohngebieten und mit den damit zusammenhängenden Gefahren jedoch in keinsten Weise.

**Sollte dies die abschließende Antwort darstellen, verlangen wir jedoch auch, dass die zuständigen Behörden sich klar hierzu bekennen, und den betroffenen Menschen dies erklären.** Denn nur dann haben sie Gewissheit für eine Entscheidung, ob sie z.B. in Rosenthal weiter wohnen bleiben oder wegziehen wollen, und ob dieser Stadtteil lebenswert sein oder veröden wird (wie z.B. die Hauptstraße in Wilhelmsruh aus genau demselben Problem).

Wir fordern nichts weniger, als dass Bezirksamt und SenUVK **Verantwortung** für die Stadt und das eigene Handeln übernehmen, anstatt sich hinter seitenlangen Aufzählungen

von hinlänglich bekannten Tatsachen, Verwaltungsvorschriften und formellen Belehrungen der Bürger/-innen zu verstecken.

Wir befürchten, dass ein Vorgehen gem. Punkt 2 beabsichtigt wird, sich in Politik und Verwaltung jedoch niemand klar dazu bekennen wird. Wir möchten klarstellen, dass wir unter keinen Umständen gewillt sind, dies zu akzeptieren.

Nun bitten wir Sie als Mitglieder des Petitionsausschusses, die Sicht der betroffenen Bürgerinnen und Bürger bei den zuständigen Verwaltungen als letzte Möglichkeit zu verdeutlichen – insbesondere deswegen, da uns bisher jede Kommunikation seitens der SenUVK zu diesem Thema seit Jahren verweigert wird.

Als Bürger Berlins fragen wir uns, woran es eigentlich liegt, dass sich von den geschilderten Problemen Betroffene nicht an die hierfür zuständigen Behörden wenden können. Dies ist und bleibt für uns auch im Sinne einer lebendigen demokratischen Kultur völlig unverständlich.

Wer – wie die Rot-Rot-Grüne Koalition und Frau Senatorin Günther eine nachhaltige, soziale, ökologische, gesunde und dem Klimawandel gerecht werdende Politik öffentlich auf allen Kanälen vertritt – kann nicht in gleichem Atemzug zu den von uns genannten Problemen schweigen, und bei der Sanierung von Straßen die Menschen in Wohngebieten zu Verlierern gegenüber dem ungebremsten LKW- und Pendlerverkehr machen. Diese Widersprüche zwischen politischem Anspruch und tatsächlichem Handeln sind nicht auflösbar.

Wir bitten Sie daher noch einmal eindringlich, unser Anliegen insbesondere hinsichtlich der beiden oben genannten Punkte wirksam zu unterstützen, und die zuständigen Verwaltungen zum Handeln zu verpflichten – ein „weiter so“ kann es nicht geben.

Verein für nachhaltige Verkehrsentwicklung e.V.